



Die UNO stimmte einer Untersuchung der russischen Übergriffe in der Ukraine zu und fordert Zugang zu Gebieten, die von Moskau kontrolliert werden.

Der UN-Menschenrechtsrat billigte am Donnerstag mit überwältigender Mehrheit die Einrichtung einer Untersuchung der Gräueltaten, die den russischen Besatzungstruppen in der Ukraine vorgeworfen werden.

In Genf nahm der Menschenrechtsrat auf einer Sondersitzung mit 33 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen (China und Eritrea) und 12 Enthaltungen (darunter Indien, Senegal und Kamerun) eine Resolution an, die sich gegen Russland richtet. Darin wird die UNO aufgefordert, eine „Untersuchung“ der schweren Menschenrechtsverletzungen durchzuführen, die Ende Februar und im März 2022 von den russischen Streitkräften in den Regionen Kiew, Tscherniguiw, Charkiw und Sumy begangen wurden, „um die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen“.

Die UNO will Zugang zu den von Russland kontrollierten Gebieten

Nach einem ersten Treffen des Menschenrechtsrats am 4. März war es Kiew bereits gelungen, eine Resolution verabschieden zu lassen, die die dringende Einsetzung einer unabhängigen internationalen Untersuchungskommission zur Lage in der Ukraine seit der Invasion am 24. Februar beschloss.

Seitdem hat die Verbreitung von grausamen Fotos aus Butscha in den internationalen Medien von Leichen mit auf dem Rücken gefesselten Händen sowie Massengräbern eine Welle internationalen Abscheus ausgelöst. Weitere Gräueltaten wurden auch in anderen Teilen der Ukraine aufgedeckt. Die am Donnerstag verabschiedete Resolution fordert Moskau außerdem auf, internationalen Organisationen, einschließlich der UNO, **„sofortigen und ungehinderten Zugang zu den Personen zu gewähren, die aus den vom Konflikt betroffenen ukrainischen Gebieten verbracht wurden und in Russland oder in von seinen Streitkräften kontrollierten Gebieten festgehalten werden“**.

Die Resolution ruft außerdem die Hohe Kommissarin für Menschenrechte Michelle Bachelet dazu auf, auf der 50. Tagung des Rates (13. Juni bis 8. Juli) über die Lage in Mariupol zu berichten, das nun fast vollständig unter der Kontrolle der russischen Streitkräfte ist.

Vor der Abstimmung schilderte die Ukraine stundenlang „die endlose Liste“ der von Russland begangenen Übergriffe. Russland hat die Debatten boykottiert. „Folter und Entführung, sexuelle und geschlechtsspezifische Gewalt – die Liste der russischen Verbrechen ist endlos“, sagte die Erste Stellvertretende Außenministerin der Ukraine, Emine Dzhaparova, in einer Videoansprache.



Ukraine-Krieg: Die UNO leitet Untersuchung wegen Kriegsverbrechen gegen russische Truppen ein

„Die russische Aggression wird jeden Tag von immer makabrerem und unerträglichen Entdeckungen begleitet“, betonte auch der französische Botschafter Jerome Bonnafont. Diese neue Resolution „zielt darauf ab, alle Verantwortlichen für diese Gräueltaten zur Rechenschaft zu ziehen“, erklärte Bonnafont vor der Abstimmung und versicherte, dass „die internationale Gemeinschaft nicht schweigen darf“.

Die Hohe Kommissarin Michelle Bachelet erklärte, ihr Büro prüfe die Vorwürfe von Übergriffen, „von denen viele Kriegsverbrechen sein könnten“, und prangerte die „unvorstellbaren Schrecken“ an, die die Bewohner von Mariupol erlitten hätten. „Das Ausmaß der rechtswidrigen Hinrichtungen, einschließlich der Hinweise auf summarische Hinrichtungen in den Gebieten nördlich von Kiew, ist schockierend“, sagte sie und erklärte, dass sie bislang über Informationen zu 300 Fällen verfüge.

Es war das erste Treffen, das sich mit der Verschlechterung der Menschenrechtslage in der Ukraine befasste, seit die UN-Generalversammlung Moskau Anfang April aus dem Menschenrechtsgremium der internationalen Organisation suspendiert hatte. Russland kann als Beobachter an der Arbeit des Rates teilnehmen, entschied sich jedoch am Donnerstag für einen Boykott und verzichtete auf sein Recht auf die Vorwürfe zu antworten.

Um das Feld nicht völlig den Anklägern zu überlassen, veröffentlichte der russische Botschafter bei den Vereinten Nationen in Genf, Gennadi Gatilow, eine Erklärung, in der er eine „Dämonisierung Russlands durch den ‚kollektiven Westen‘“ anprangerte, von einer einseitigen Untersuchung sprach und eine Fehlentwicklung des Menschenrechtsrates anprangerte, der zu einem Forum für politische Schachzüge geworden sei.